



Insbesondere aus den obenstehenden Gründen stellt der vorliegende Entwurf eine wesentliche Beeinträchtigung für die Ausbildung in der Lehrpraxis dar. Gemäß § 2b Abs. 2 Z 4 Entwurf Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz sind Lehrverhältnisse von der Regelung ausgenommen. Die Österreichische Ärztekammer ersucht dringend, hier auch eine Ausnahmeregelung für Ausbildungsverhältnisse von Turnusärztinnen und Turnusärzten analog den Lehrverhältnissen vorzusehen.

Davon unabhängig erscheint aus unserer Sicht die Bestimmung grundsätzlich höchst bedenklich, da diese dazu führen wird, dass keine einvernehmlichen Auflösungen mehr durch die Dienstgeber durchgeführt und die Arbeitnehmer somit zu einer Kündigung gedrängt werden. Dadurch sind diese allerdings ein Monat vom Bezug des Arbeitslosengeldes gesperrt.

Die Österreichische Ärztekammer ersucht daher um eine Änderung der vorgesehenen Bestimmung zur Auflösungsabgabe, sodass diese lauten könnte wie folgt:

**„Auflösungsabgabe“**

§ 2b. (...)

(2) Die Abgabe gemäß Abs. 1 ist nicht zu entrichten, wenn  
(...)

4. ein Lehrverhältnis oder ein Ausbildungsverhältnis einer Turnusärztin oder eines Turnusarztes aufgelöst wird oder

(...)

Die Österreichische Ärztekammer ersucht um Berücksichtigung ihres Änderungsvorschlages.

Mit freundlichen Grüßen

  
MR Dr. Walter Dörner  
Präsident



h